

Thema: Nennungen UKSH

06.06.2010 | Schleswig-Holstein am Sonntag



Medienart: Print
Ressort: Report

Seitenstart: 3
Auflagen: 50.000

Verbreitung: 46.500
Erscheinungsweise: 1x woe

Unistadt Lübeck bald ein Pflegefall?

Die schwarz-gelbe Koalition will im Zuge ihres Sparpakets das Medizinstudium in Lübeck streichen. Jetzt regt sich heftiger Widerstand, weil Kritiker darin ein Aus für die Uni Lübeck sehen.

Lübeck - Die Universität in Lübeck soll sich von ihrem Herzstück, der medizinischen Forschung und Lehre, verabschieden, Mediziner werden dann nur noch in Kiel ausgebildet. So sieht es das Sparpaket der Landesregierung vor. Und hat damit das Aus der gesamten Universität einkalkuliert. Eine gefährliche Milchmädchenrechnung, warnen jetzt Kritiker. Schon drohen Unternehmen und Wissenschaftler mit Abwanderung. An der Trave wächst mit jedem Tag wütender Widerstand.

Der Allgemeine Studierendenausschuss (Asta) der Universität will Proteste organisieren, kündigt die Vorsitzende Linda Krause an. "Man hat so viel Wut in sich", sagt sie. Nur mit Argumenten könne man die Politiker von CDU und FDP überzeugen. Wichtig sei es, schnell zu handeln, bevor der Ruf der Uni leide, sagt Krause.

Und so werden unzählige Plakate gedruckt, Pressemitteilungen geschrieben und Flyer verteilt. Am 16. Juni ist ein Protestzug in Kiel geplant. Unterstützung bekommen die Studenten vom Präsidium der Uni, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Kirchen und der Stadt, die um den Medizintechnikstandort und zwei geplante Fraunhofer-Institute fürch-

tet und mehrere 1000 Arbeitsplätze bedroht sieht.

Lübeck's Mediziner Ausbildung rangiert im bundesweiten Vergleich auf Platz eins. Das stellte zuletzt der Universitätsrat Schleswig-Holstein fest. Keine zwölf Monate ist es her, da zollte auch Ministerpräsident Peter Harry Carstensen den Lübeckern dickes Lob: Deren Kompetenz in Sachen Medizintechnik sei weltweit gefragt, die Stadt ein Top-Standort für Industrie und Forschung. Tatsächlich hat der glänzende Ruf der Lübecker Uni dutzende Unternehmen der Medizinbranche an die Trave gezogen, bei 50 der renommiertesten und bei weiteren Zulieferern sorgen die Sparpläne für Aufruhr. Ein Ende der medizinischen Fakultät könnte auch das Ende der Kongressstadt Lübeck bedeuten, befürchtet Frank-Thomas Gaulin, Aufsichtsratsvorsitzender der Musik- und Kongresshallen GmbH (MuK). Zwei Drittel aller MuK-Kongresse in Lübeck sind wissenschaftlicher Natur, mit ihnen fließen jährlich fünf Millionen Euro in die Stadt. Wie geplant durchgeführt, schwäche das Sparpaket "den Standort Lübeck in einer für die regionale Wirtschaft nicht hinnehmbaren Art und Weise", kritisiert IHK-Präsident Christoph Andreas Leicht; der frühere Ministerpräsident Björn Engholm spricht sogar von einer "systematischen Zerstörung der Uni" und von einem "Todesstoß für Lübeck als Zentrum der Medizintechnik". Die acht Mitglieder des Universitäts-

rates Schleswig-Holstein traten mit dem Bemerkten, die Landesregierung habe sich entschieden, vorhandene Qualität zu ignorieren, geschlossen zurück.

In Unternehmen wird bereits laut über alternative Standorte nachgedacht. Der renommierte Neurowissenschaftler Prof. Jan Born kündigte seinen Weggang an für den Fall, dass Kiel seine Sparpläne umsetzt. In der Fraunhofergesellschaft, die sich gerade in Lübeck ansiedelt, 300 Arbeitsplätze schaffen will, wird bezweifelt, dass dieses Engagement ohne Medizin-Uni sinnvoll sein kann, und das Leibniz-Institut in Borstel (Kreis Segeberg) macht seinen Verbleib vom Fortbestand der Medizinischen Uni abhängig. In einem Brief an Wissenschaftsminister Jost de Jager droht Leibniz-Präsident Prof. Ernst Theodor Rietschel mit Umorientierung und warnt: "Die deutschlandweit beste Mediziner Ausbildung an der Uni Lübeck einzustellen, gefährdet die gesamte biomedizinische Spitzenforschung in Schleswig-Holstein."

Vehement und geschlossen kündigten die Hanseaten Widerstand an. Wenn es der Landesregierung wirklich ums Sparen gehe, dann solle sie doch die Kieler Fakultät schließen und Mediziner nur noch in Lübeck ausbilden, verlangt Bürgermeister Bernd Saxe (SPD).

KARIN LUBOWSKI